

Vortrag

Punto Rosso – Convegno internazionale.

LA GRANDE TRASFORMAZIONE EUROPEA E LA SUA VARIANTE ITALIANA.

Milano, 10./11.12.2010

Die neoliberale Krise und die programmatische Debatte der Partei DIE LINKE

Die gegenwärtige Programmdebatte in der deutschen LINKEN soll Ende 2011 in einem neuen Grundsatzprogramm münden. Mein Beitrag wird über einige Aspekte der programmatischen Debatte in der Partei DIE LINKE berichten, Aspekte, die im Zusammenhang mit der Entstehung unserer Partei und ihrer sozialen Basis sowie im Zusammenhang mit der europäischen Krise von Bedeutung sind.

Auf andere Aspekte, etwa die globale und ökologische Frage, werde ich nicht eingehen, dazu nur eine Vorbemerkung: Das heutige Kernproblem der europäischen und globalen Linken besteht darin, wie David Harvey es auf dem Weltsozialforum 2010 formulierte, dass *„insgesamt keine entschlossene und hinreichend vereinheitlichte antikapitalistische Bewegung existiert, die auf globaler Ebene die Reproduktion der kapitalistischen Klasse und das Fortbestehen ihrer Macht nennenswert in Frage stellen könnte. (...) Dass es keiner politischen Kraft gelingt, solch ein Programm zu formulieren oder gar auf die Tagesordnung zu setzen, sollte uns jedoch nicht davon abhalten, Alternativen zu skizzieren.“* Folglich rede auch ich hier aus dem Blickwinkel nationaler Besonderheiten in Europa.

1. Die Partei DIE LINKE ist eine neue linke Partei in Deutschland. Sie ist entstanden aus dem Zerfallsprozess der deutschen Sozialdemokratie (SPD) in den Jahren 1999 bis 2005. Die damalige Regierung von SPD und Grünen startete eine „Modernisierungs“-Offensive gegen die sozialstaatlichen Institutionen des fordistischen Akkumulationsregimes und gegen traditionelle, fordistisch geprägte Arbeitnehmermilieus: Rente (Privatisierung durch Riester-Rente), Gesundheit (Zuzahlungen, private Zusatzversicherungen) und zuletzt Arbeitsmarkt (Ausweitung des Sektors prekärer Niedriglohnbeschäftigung, Entwertung von Qualifikation und Berufsbiografien. Das traf vor allem die Generation der über 40jährigen, die in traditionellen Berufen und Branchen der alten Industriegesellschaft arbeiteten. Die sozialdemokratische Regierung lieferte sie weitgehend schutzlos der neoliberalen Globalisierung aus. Zugleich stärkten gezielte Maßnahmen die Position des Finanzkapitals und der global agierenden Produktionskapitale. Diese Politik richtete sich an junge, in modernen Branchen und in flexiblen Arbeitsverhältnissen arbeitende Schichten der sozialen Mitte und der Oberschichten. Sie zielte darauf, das „untere Drittel“ der Gesellschaft auf Dauer in einem Niedriglohnsektor, in dem Lohn und Sozialtransfers kombiniert werden, einzuschließen: niedrigqualifizierte Arbeitskräfte, Teilzeitbeschäftigte (vor allem Frauen), den größeren Teil der unregulierten Migration seit den 80er Jahren, Arbeiter und Dienstleister in „personennahen Branchen“.

2. Auf dem Höhepunkt dieser Politik der modernen, neuen Sozialdemokratie der Tony Blairs und Gerhard Schröders gegen ihre eignen traditionellen Anhängerschaften verlor die Sozialdemokratie das, was sie im Zweifelsfall immer stark gemacht hatte, ihre Rolle als „kleineres Übel“: Im Zweifel wählte man doch immer wieder SPD, denn alle anderen Parteien hätten sich noch weniger um die eigenen Lebensbedürfnisse gekümmert. Nun aber trat die SPD nicht mehr als Schutzmacht gegen die internationale Konkurrenz der Arbeitskräfte auf, sondern erklärte, dass ein großer Teil der geringqualifizierten und der

klassisch-industriellen Arbeiterschaft von den Früchten der deutschen Erfolge der Standortkonkurrenz ausgeschlossen wurden sollte. Die Sozialdemokratie verlor in einem mehrjährigen Prozess über ein Drittel ihrer Anhängerschaft.

Von diesem Drittel zog sich bis heute etwa die Hälfte aus dem politischen Prozess zurück und blieb den Wahlen, vor allem denen auf regionaler und europäischer Ebene fern. Etwa ein Viertel bis ein Drittel des enttäuschten sozialdemokratischen Milieus wählte nun aber die neue Partei DIE LINKE, die von politischen und gewerkschaftlichen Vertretern der klassischen, alten Sozialdemokratie des keynesianischen Wohlfahrtskapitalismus mitbegründet worden war.

Ob diese Schichten zu Stammwählern der LINKEN werden, ist offen und liegt in unserer Hand. Darum geht es im Kern unserer Programmdebatte: Welche sozialen Lagen, welche sozialen Interessen repräsentiert die Partei? Können wir in unserem Programm Vorhaben und Ziele beschreiben, die eng verbunden sind mit den unterschiedlichen sozialen Lagen unserer Anhänger und dennoch das Gemeinsame betonen?

3. DIE LINKE gründete sich in den Jahren 2005 bis 2009 als antineoliberale Sammlungsbewegung. Die entscheidenden Kräfte waren hierbei die ostdeutsche PDS und die aus der Sozialdemokratie abgespaltene WASG. Andere linke Kräfte kamen hinzu. Die PDS integrierte einen erheblichen Teil der ostdeutschen, in der DDR aufgewachsenen Bevölkerung in das politische Parteiensystem des neuen Deutschlands. DIE LINKE integriert nun einen erheblichen Teil des von sozialer und wirtschaftlicher Abkopplung und Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsteils in das politische System, gibt ihnen eine politische Repräsentanz und Stimme.

Ohne DIE LINKE wären die letzten Wahlen ähnlich ausgefallen wie die Wahl zum Europäischen Parlament: niedrige Wahlbeteiligung, deutliche Dominanz von qualifizierten mittleren und oberen sozialen Schichten unter den Wählenden, Abstinenz der Unterschichten, Sieg der bürgerlich-konservativ bzw. bürgerlich-aufgeklärten Parteien (CDU, FDP, Grüne). Diese Perspektive kann am Ende der gegenwärtigen aktuellen europäischen Umwälzungen stehen: eine Demokratie, die wieder wie im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert die Demokratie der Einkommenssteuer zahlenden, qualifizierten und von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierenden Bürger und Bürgerinnen ist. Und ob es gelingt, diese Strategie der Vertreibung der prekären Unterschichten aus dem politischen Prozess zu durchkreuzen, wird über die Zukunft der linken europäischen Parteien als parlamentarische Parteien entscheiden.

4. Zu den Charakteristika dieses Teils der Wählerschaft der LINKEN zählt, dass sie auf nationale sozialstaatliche Institutionen und Transfers angewiesen sind (ähnlich wie derzeit Banken und Fonds...). Sie sehen auf den Nationalstaat als Schutzinstanz vor der europäischen und globalen Lohnkonkurrenz – nicht so sehr auf den Nationalstaat als Schutzinstanz gegen das europäische und globale Finanzkapital. Diese Erwartung an den Nationalstaat - Regeln gegen das Finanzkapital - wiederum bringt ein Teil der Wählerschaft der LINKEN aus den mittleren und höheren sozialen Schichten mit, diejenigen, die die reine, freigelassene Geldheckerei $G-G'$ als die das soziale Zusammenleben zerstörende Bewegung begreifen, die an langfristigen Sicherheiten für ihre Lebensplanung interessiert sind, aber auch daran, dass ein bestimmtes Maß an sozialer Ungleichheit nicht überschritten wird und alle eine Chance auf Beteiligung bekommen. Außerdem wehren sie sich dagegen, dass ihre Steuern auf Jahrzehnte an das Finanzkapital verpfändet werden.

Hinzu kommt die vermutlich kleinste dieser drei Gruppen, diejenigen, die eine eher antietatistische und zugleich europäische linke Tradition, Perspektive und Einstellung repräsentieren.

Diese unterschiedlichen Erwartungen und Interessenlagen wird eine neue linke Partei auf Dauer in ihrer Politik ausbalancieren müssen, um erfolgreich zu bleiben. Nach allem, was gegenwärtig zu erwarten ist, wird auch der deutsche Staat die in ihn gesetzten Erwartungen der Unterschichten nicht erfüllen – können oder wollen. Verbreitet sich diese Auffassung in der Bevölkerung, könnte sie mit der wachsenden Stimmung gegen den Euro, für die Wiedereinführung der D-Mark zu einer offen rechtspopulistischen, nationalistischen Formation verschmelzen. Ein solches Wegbrechen relevanter Wähler- wie Nichtwähleranteile nach rechts zu verhindern, zählt zu den existenziellen Aufgaben einer sich neu gründenden LINKEN.

5. Damit steckt die politische und gesellschaftliche Linke, die sich immer als internationalistische, auf Klassensolidarität statt nationale Solidarität setzende Kraft verstanden haben, die sich gegen deutschen Revanchismus und Nationalismus 1925 die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ ins Programm geschrieben hatte (Heidelberger Programm der SPD 1925), in einer doppelten Zwangslage: Teile ihrer Wählerschaft, diejenigen Teile, die ihre eigenständige Basis im Parteiensystem ausmachen, sind alles andere als internationalistisch oder europäisch eingestellt. Und diejenigen Teile der Lohnarbeit, die noch durch die Sozialdemokratie (oder auch die CDU) sich vertreten fühlen, zählen zu denen, die von den Exportüberschüssen der deutschen Wirtschaft, also von den europäischen Ungleichgewichten, mitprofitieren. Ohne Zweifel exportiert Deutschland in hohem Maße die soziale Frage in ihrer klassischen Gestalt, der Arbeitslosigkeit. Es wäre vermutlich nur boshaft, aber nicht falsch formuliert, wenn man die deutsche Volkswirtschaft als Beutegemeinschaft beschreiben würde, und ein Teil auch der linken Wählerschaft wäre zufrieden, wieder Teilhaber dieser Gemeinschaft werden zu können. Die Chancen für europäische linke Politik stehen somit nicht besonders gut.

6. DIE LINKE in Deutschland besitzt die Chance, bis zu 15% der Wählerstimmen zu erreichen – kann aber auch bei deutlich unter zehn, ja eher fünf Prozent landen. Auf jeden Fall wird sie auf absehbare Zeit nicht mehrheitsfähig. Also muss sie auf ihre Eigenständigkeit bedacht sein, um bündnisfähig zu werden.

Das ist der entscheidende Punkt, um den es in der Programmdebatte politisch geht. Die „Zwischenjahre“ 2010 und 2011 sollen die antineoliberale Sammlungsbewegung in eine linke Partei transformieren. Und zwar in eine neue linke Partei, die die linken Schützengräben und Spaltungen des vergangenen Jahrhunderts erkennbar hinter sich gelassen hat.

Ob das gelingt, zeigt sich zum Beispiel an der Frage, ob die Spannweite des Begriffs „antikapitalistisch“ programmatisch und im politischen Handeln aufgehoben wird. Diese Breite reicht von

- einem Verständnis von „antikapitalistisch“ aus der Tradition des realsozialistischen Staates als „Systemfrage“,
- über radikale Kapitalismuskritik und
- Kritik der bestimmten kapitalistischen Form (Finanzmarktkapitalismus versus Wohlfahrtskapitalismus) bis hin
- zur eher gewerkschaftlichen Haltung, grundsätzlich und strikt den Standpunkt der Lohnarbeit als Antagonismus zum Standpunkt des Kapitals zu vertreten.

Diese Debatte ist nicht einfach und allzu schnell findet man sich in den Debatten um Reform und Revolution weiter. Allzu schnell geht in der Hitze der Auseinandersetzungen um den richtigen Weg auch eine einfache Erkenntnis verloren, die am Anfang unserer Gründungsgeschichte 2005 stand: Streiten schafft den Blick fürs Ganze.

Gelingt es, diese Spannweite zu erhalten, so erwächst daraus Bündnisfähigkeit mit anderen politischen Kräften: für den Standpunkt und die Rechte der Lohnarbeit und gegen die

Dominanz der Börsen und Finanzkapitale. Entlang dieser beiden Linien ließe sich auch ein europäisches linkes Projekt entwickeln, denn tatsächliche Verbesserungen sind auf diesen für die nationalen Kämpfe entscheidenden Feldern nur auf europäischer Ebene zu erwarten. Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Euro und die Euro-Anleihen zeigen, dass die in der EU herrschenden Kapitalfraktionen nicht mehr auf einzelne nationalstaatliche Vorbehalte Rücksicht nehmen wollen. Es steht als die Frage: Schafft die Linke es, zu einer Gegenkraft zu den Regierungen zu werden, die sich auf der europäischen Bühne als Vertreter nationaler Interessen und Rücksichten profilieren?

7. Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Programmdebatte ist die Rekonstruktion von „Gleichheit“ und „Solidarität“ aus den sozialen und kulturellen Verwüstungen des Neoliberalismus. Unter der Dominanz neoliberalen Denkens und Handelns ist eine ganze Generation aufgewachsen und eine weitere ist in einer langen Phase ihres Arbeitslebens davon geprägt worden. Neoliberale Haltungen erzwingen die Verkürzung menschlicher Fähigkeiten und psychischer Funktionen auf ein pseudo-rationales, betriebswirtschaftlich beschränktes Funktionieren als *homo oeconomicus*: wirtschaftliche Nutzenmaximierung als allseitige, entgrenzte Handlungsmaxime. Um ein Bild zu gebrauchen: Mächte der Fordismus den seinerzeit dominierenden Arbeiter-Typus zum Anhängsel des Fließbandes für acht Stunden an fünf Tagen die Woche, so macht der moderne, flexible, digitale Kapitalismus die modernen Arbeiter-Typen zum Anhängsel der Verwertung über 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche. Die breitflächige Ausweitung neoliberaler Prinzipien des Unternehmens- und Personalmanagements führte darüber hinaus zur Aushöhlung sozialstaatlicher, demokratischer und gemeinwohlorientierter Ressourcen („soziales und kulturelles Kapital“) einer Gesellschaft.

Schließlich, und in dieser Phase befinden wir uns, nehmen die sozialdarwinistischen und biologischen Rechtfertigungsmuster für soziale Ungerechtigkeit, wachsende soziale Ungleichheit bis hin zur Rücksichtslosigkeit zu, ein wiedergeborener Nützlichkeitsrassismus greift um sich. Verkürzt ließe sich formulieren: das (Über-)Leben in prekären Verhältnissen, die Ausweitung der Zonen der Unsicherheit, die Verdichtung bei gleichzeitiger zeitlicher Entgrenzung der Arbeit in Verbindung mit ständiger „Innovation“ macht für wachsende Teile der Bevölkerung eine verlässliche vorausschauende Lebensplanung zu einem großen Wagnis - und zum Nährboden für Entsolidarisierung, für Desinteresse an den öffentlichen Angelegenheiten, für politische Enthaltbarkeit, schlicht weil alle Energien bereits für die alltägliche Lebensbewältigung aufgebraucht sind. Diese tiefen Spuren des Neoliberalismus prägen auch das Handlungsfeld linker Parteien, in dem sie die Grundwerte linker Politik, Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Kooperation, erst wieder rekonstruieren müssen, nicht als gegeben voraussetzen können. Der jüngste Zerfall der ideologischen Bindungskraft von zentralen neoliberalen Glaubenssätzen führt, wir haben es erlebt, nicht im Selbstlauf zu einer gesellschaftlichen Drift nach links.

8. Programmatischer Sockel einer linken Partei sollte daher der Entwurf einer Politik der (Wieder-) Aneignung sein: Aneignung der gesellschaftlichen Produktivität, des wahren Reichtums, in Gestalt der *disposable time* im Marx'schen Sinne. Dafür bieten sich drei Handlungsfelder an, die sich überlappen:

- Heute, nach den erfolgreichen Angriffen des Kapitals auf den geregelten Arbeitstag, beginnt Aneignung wieder auf neue Weise mit dem Kampf um die Verfügung über die eigene Lebenszeit, mit der Frage, wie viel Zeit für die eigenen Bedürfnisse, für die Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten, an den demokratischen Verfahren und Entscheidungen zur Verfügung steht, wie viel Zeit für die dafür notwendige

Aneignung von Information und Wissen: Arbeitszeitverkürzung heißt immer auch: Grenzen der Arbeit neu bestimmen.

- Aneignung aber auch der Produktion, zunächst im Sinne der Stärkung der Lohnarbeit gegenüber dem Kapital, Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“.
- Aneignung schließlich des Gemeinsamen, der öffentlichen Güter und Institutionen als Alternative zu weiterer Privatisierung, sozialer Absonderung und Spaltung. Eine gute Gelegenheit bietet hierfür die Energiefrage, die Aneignung der demokratischen und sozialen, dezentralen Potentiale der erneuerbaren Energien.

9. Lösen müssen wird die LINKE dann auch die internationale Frage: die Frage aller Fragen, die Frage globaler Gerechtigkeit, gleicher Entwicklungsmöglichkeiten aller Menschen. Die Zeit nationaler oder regionaler Arbeitsmärkte ist vorbei, das Kapital hat sich seit 1990 beschleunigt einen globalen Arbeitsmarkt mit einer globalen Reservearmee geschaffen. In Folge der globalen Krise werden sich die globalen Zentren vom Atlantik in den Pazifik verschieben. Die Rolle Europas und der EU wird sich verändern. Hierauf kann eine linke Partei schwerlich national programmatisch reagieren. Wer auf internationale Kooperation statt Konkurrenz setzen will, muss seine Kooperationspartner vorzeigen können. Die Europäische Linkspartei ist da ein Anfang, immerhin. Mir scheint aber, das ein nächster Schritt notwendig ist: ein linker europäischer „think tank“, der in der Lage ist, europäische Projekte auszuarbeiten.

Welche könnten das sein? Vermutlich Projekte, die für unsere unterschiedlichen Wähler- und Anhängerschichten als sozialer Fortschritt, als Schritte hin zu neuen Sicherheiten für die eigene Lebensplanung erkennbar sind: vielleicht eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine europäische Lohn- und Arbeitsrechtspolitik, die attraktiv zeigen, was Linke meinen, wenn sie ein soziales Europa fordern.

Aus Zeitgründen wurde der mündliche Vortrag verkürzt.